

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Petřínka 16 • Tel. 26793, 31409, Nachred. (ab 21 Uhr): 33636 • Donnersd. 57544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 5. Juli 1933

Nr. 155.

Stand der Arbeitslosigkeit Rückgang im Juni um 52.132

Die Zahl der Arbeitslosen, d. h. der bei den Arbeitsvermittlungen gemeldeten nichtuntergebrachten Personen betrug nach den vorläufigen Ergebnissen Ende Juni 674.497 gegenüber 726.629 am 31. Mai. Der Rückgang beträgt also 52.132. Die entsprechenden Ziffern der Monate Mai und Juni des Vorjahres betragen 487.228 bzw. 466.946. Der Rückgang betrug im Vorjahre also nur 20.282 Personen.

Tschechoslowakei bleibt beim Goldstandard.

London, 4. Juli. Gesandter Johann Masaryk hat als Vorsitzender der tschechoslowakischen Delegation an der Londoner Weltwirtschaftskonferenz heute folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Mit Rücksicht auf die Proklamation der Staaten mit freier Goldwährung, die gestern veröffentlicht wurde, teilt die Tschechoslowakei, deren Währung stabil und seit dem Jahre 1923 ohne Schwankungen ist, mit, daß ihre bisher vertretene Währungspolitik auch in der Zukunft beibehalten wird, und an dem Verhältnis der tschechoslowakischen Krone zum Golde sich nichts ändert.“

Ostpakt auch von der Kleinen Entente unterzeichnet.

London, 4. Juli. (Reuters.) Am Gebäude der sowjetrussischen Botschaft wurde heute abends die Konvention zwischen der Sowjetunion und Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und der Türkei über die Definition des Angreifers unterzeichnet. Diese Konvention ist analog dem Vertrage, der gestern unterzeichnet wurde. Der heute ratifizierte Vertrag bedeutet, daß 300 Millionen Menschen einschließlich der Bevölkerung der Sowjetunion durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter sich über die Definition des Angreifers einigten.

Volkskommissar Litwinow reist morgen nach Paris, um von dort nach Wien weiterzufahren. Obwohl sich Litwinow nach Wien zu begeben begibt, kann nicht bezweifelt werden, daß er eine diplomatische Konferenz mit dem österreichischen Bundeskanzler haben wird.

Der Arbeiterdichter Karl Bröger mißhandelt?

Samstag um 7 Uhr früh wurde in Nürnberg der Arbeiterdichter Karl Bröger, der durch viele seiner Gedichte in weiten Kreisen bekannt geworden ist, aus dem Bett heraus verhaftet. Bröger war Redakteur der „Fränkischen Tagespost“ und sozialdemokratischer Stadtrat von Nürnberg.

Die SA-Leute, die Bröger verhafteten, mißhandelten ihn derart, daß er eine schwere Verletzung an den Augen davontrug. Er mußte zum Augenarzt gebracht werden, wurde aber nach der ersten ärztlichen Hilfe sofort auf ein Schnellauto verladen und in das Konzentrationslager nach Dachau gebracht.

Auch der Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost“, Erwin Neumann, der Landtagsabgeordnete Diermann und der ehemalige Polizeipräsident von München, Steiner, wurden verhaftet und in das Konzentrationslager gebracht.

Herr Jung.

Ist ausgerechnet Ihre Partei hiebon ausgenommen?

München, 4. Juli. Im Braunen Haus fand gestern, wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, unter Vorsitz des stellvertretenden Führers Rudolf Heß eine Führerbesprechung über Fragen des Deutschums im Auslande statt. In der sehr anregenden Aussprache wurden, wie die Reichspressestelle der NSDAP feststellt, Fragen organisatorischer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Art besprochen und neue Richtlinien für die nationalsozialistischen Organisationen im Auslande angesetzt. Die Besprechungen ergaben volle Einmütigkeit der Beteiligten, so daß die Gewähr dafür gegeben ist, daß das Auslandsdeutschum nunmehr in kräftiger Weise zusammengefaßt und vertieft werden wird.

Letzte Rettungsversuche.

Roosevelt lenkt ein?

London, 4. Juli. Das Präsidium der Weltwirtschaftskonferenz hat nach längerer Debatte die Entscheidung über das weitere Schicksal der Konferenz auf Donnerstag verschoben, an welchem Tage das Präsidium um 10 Uhr vormittags zusammentritt.

Das Ersuchen um die Vertagung auf 24 Stunden kam ursprünglich von der amerikanischen Delegation, welche mit Washington sich in Verbindung setzen wollte und nach den umlaufenden Gerüchten die Vorlage einer Erklärung zwecks Erläuterung ihrer Position plante. Dieser Gedanke wurde durch den Staatssekretär Hull in einer langen Unterredung dem Konferenzvorsitzenden Macdonald unterbreitet.

Was die Zukunft der Konferenz betrifft, so kann gesagt werden, daß die Situation unklar bleibt und das Präsidium unter diesen Umständen einen Antrag einbringen wird, der die Vertagung der Konferenz verlangt, doch werde das Präsidium und gewisse Unterschlüsse solange weiterarbeiten, als die Hauptkonferenz nicht erneuert wird.

Es verlannt, daß die amerikanische Delegation mit Roosevelt in Verbindung zu treten versuche, um die verzweifelte Situation zu schildern, doch wurde die Verbindung durch die atmosphärischen Verhältnisse gestört. Durch das Ersuchen um Vertagung wollte Hull Zeit zu einer Unterredung mit den Hauptdelegierten gewinnen.

Obwohl aus Washington keine sensationelle Erklärung erwartet wird, scheint es wahrscheinlich, daß Roosevelt heute abends oder morgen der Konferenz eine freundschaftliche

Vorschau zukommen lassen wird, da er wünsche, daß die Konferenz die Debatte über die Preiserhöhung auch in anderen Staaten als in USA. fortsetze. Großbritannien soll der gleichen Ansicht sein und andererseits wünschen weder die Dominions noch die skandinavischen Länder eine sofortige Konferenzvertagung.

Die Amerikaner selbst uneinig!

Die New Yorker Presse beschäftigt sich eingehend mit den Differenzen, welche zwischen dem Präsidenten Roosevelt und der amerikanischen Delegation in London bestehen. Diese soll nach einer Meldung des Londoner Korrespondenten „Herald Tribune“ um neue Richtlinien ersucht und in einer Sonder Sitzung die Ansicht formuliert haben, daß sich Amerika an der Wirtschaftskonferenz weiter beteilige. Roosevelt soll hingegen Weisung gegeben haben, jeden Antrag auf Vertagung der Konferenz abzulehnen. Ein anderes amerikanisches Blatt bemerkt, Präsident Roosevelt sei persönlich verantwortlich, da er die heute kritischen Fragen selbst in den Vordergrund gedrückt habe. Man konstatiert in Europa, daß Roosevelt von seinem eigenen Vorschlage vom Mai d. J. jetzt als von einem „Fetisch der internationalen Bankiers“ spreche.

Auf diese Widersprüche in der Haltung Roosevelts machen auch die Londoner und Pariser Blätter aufmerksam. Die englische Presse bezeichnet die letzte Vorschau des Präsidenten als Bombe und als Torpedo.

Attentat auf den russischen Handelsvertreter in Tokio

Moskau, 4. Juli. Die sowjetrussische Nachrichten-Agentur meldet, daß in Tokio gegen den sowjetrussischen Handelsvertreter Kotschetow ein Attentatsversuch verübt wurde. Der Attentäter namens Surinate Kasime wurde von der Polizei verhaftet; er ist Vorsitzender der reaktionären Organisation Kakumeiso.

Sofort nach Bekanntwerden des Attentatsversuches suchte der Chef des Protokolls im japanischen Außenministerium, Mitani, den Sowjetbotschafter Jurenew auf und drückte ihm namens des Außenministers Utsida sowie dessen Stellvertreter Sigemitsu aufrichtiges Beileid aus. Er versicherte, daß die japanische Regierung die strengste Untersuchung des Vorfalles durchführen und den Sowjetbotschafter von dem Verlauf und Ergebnis derselben informieren werde. Mitani besuchte auch den überfallenen Handelsvertreter Kotschetow und drückte ihm gleichfalls sein Bedauern über den Vorfall aus.

Russische Schiffe von Japanern beschlagnahmt.

Tokio, 4. Juli. (Reuters.) Japanische Polizei beschlagnahmte einen sowjetrussischen 4000-Tonnen-Dampfer und ein russisches Fischerboot von 100 Tonnen Raumbelastung auf offenem Meer südlich von Paramuschir, der zweitgrößten der Kurilen-Inseln. Die Besatzungen der Schiffe wurden festgenommen. Der Polizei waren Meldungen zugegangen, die besagten, daß Sowjetagenten in dem weitgestreckten nördlichen Inselbogen Japans Spionage trieben.

Ende des Wirtschaftskrieges Englands mit Rußland

Moskau, 4. Juli. (Tag.) Die Moskauer Zeitungen veröffentlichten eine aus London stammende Information, derzufolge Litwinow vom britischen Außenminister Simon eine Note erhalten habe, des Inhalts, daß das Ziel der Regierungsbill, welche die englische Regierung ermächtigt, die Sowjeteinfuhr nach Großbritannien zu verbieten, erschöpft und daß diese Bill anlässlich der anderen Fälle nicht mehr angewandt wird.

Das Ende der Parteien. Brüning verhandelt noch...

Berlin, 4. Juli. Wie das Conti-Büro erfährt, dürfte am Mittwoch nunmehr mit der endgültigen Entscheidung über die Auflösung der deutschen Zentrumspartei zu rechnen sein. Die Fühlungnahme mit den führenden Männern der NSDAP ist soweit gediehen, daß ein Abkommen vorbereitet werden konnte, durch das „positiv tätigen Kräften der bisherigen Zentrumspartei auch weiterhin eine politische Betätigung ermöglicht werden kann“. Der mit allen Vollmachten ausgestattete Reichsführer des Zentrums, Reichskanzler a. D. Brüning, dürfte daher morgen die freiwillige Auflösung der Zentrumspartei verkünden.

Bayerische Volkspartei bereits aufgelöst...

Der ehemalige Staatsminister und Reichstagsabgeordnete Eugen Graf Duadt-Johny gibt eine Erklärung bekannt, in der es u. a. heißt: Im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung erkläre ich als Bevollmächtigter der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei, daß mit dem heutigen Tage jede Tätigkeit der

B. V. P. aufgehört hat und ihre Mitglieder aus dem Treueverhältnis zur Partei entlassen sind. Die Partei ist praktisch damit aufgelöst. Durch die nationalsozialistische Revolution gibt es außerhalb der NSDAP keine politische Wirkungsmöglichkeit mehr. Es ist deshalb für jeden bisherigen Angehörigen der B. V. P. der Weg frei, unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschland mitzuwirken.

... ebenso die Deutsche Volkspartei.

Dingeldens letzte „Verfügung“.

Wie das DZ-Büro meldet, hat der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldens, folgende Verfügung bekanntgegeben:

Da mit dem Wesen des jetzigen nationalsozialistischen Staates Parteien im weiten Sinne nicht vereinbar sind, werden hierdurch mit sofortiger Wirkung sämtliche Organisationen der Deutschen Volkspartei aufgelöst. Die Liquidation ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. Ueber die Stellung der Mandatsträger sind mit den maßgebenden Stellen Verhandlungen ausgenommen.

Kirchenfrieden mit dem Fascismus.

Es immer mit den Mächtigen zu halten, das ist der seit jeher von der Kirche befolgte Grundsatz. Nach dem Sieg des Sunnentums in Deutschland war sie daher sofort bemüht, sich mit ihm auf guten Fuß zu stellen. Von dem schmachenden Behagen unserer deutschen Christlichsozialen über die brutale Unterdrückung der marxistischen Parteien und über die bestialische Behandlung ihrer Anhänger durch die Hitlerbanden war bei der Zentrumspartei allerdings nichts zu sehen, sie erhob gegen diese Rechtsbrüche und Gewalttaten aber auch keinerlei nennenswerten Widerstand und schwang sich nicht einmal zum leisen Protest auf. Alles wurde getan, um sich von den verfeindeten „Marxisten“ abzugeben, ja, das Zentrum unterließ auch nichts, um dem Fascismus erst richtig in den Sattel zu helfen. Nicht nur das Zentrum als die politische Organisation der Kirche bewies trotz mancher Fußtritte, die ihm verfehlt wurden, seine Konzeptionsbereitschaft gegenüber dem Dritten Reich, daselbe tat auch die katholische Kirche selbst. Schon Ende März beilegte sich eine in Fulda abgehaltene Bischofskonferenz zu erklären, daß die ablehnende Haltung, welche die katholische Kirche gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung durch Verboie und Warnungen früher eingenommen hat, „nicht mehr als notwendig betrachtet“ werde, und sie versicherte, daß es für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig sei, keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der neuen „rechtmäßigen Obrigkeit“ bedürfe. Einige Wochen später sandte der Zentrumsführer, Prälat Kaas, dem Reichskanzler Hitler zum Geburtstag ein Telegramm mit der Versicherung der Ergebenheit und Treue.

Anstatt daß der Katholizismus, der doch eine sittliche Weltanschauung sein will, von seinen starken Positionen aus den Kampf aufgenommen hätte, hat das Zentrum die Machtergreifung des Fascismus ausdrücklich legalisiert und es schwieg sogar, als die rechtswidrige Annullierung der sozialdemokratischen Parlamentsmandate erfolgte, schwieg und unterließ jedes Wortchen einer Kritik, in der Hoffnung, die eigenen Mandate und politischen Organisationen zu retten.

Die katholische Kirche überließ, daß der Fascismus Recht und Gesetz gegenüber allem und jedem verachtet. Es hat ihr nichts genügt, daß der bayrische Erzbischof Kardinal Faulhaber bei einer Pontifikalmesse sagte: „Wir bekennen uns aufricht zur Volksgemeinschaft und wir freuen uns über die Wiedung der Geister“, am selben Tage noch wurde das Münchener Leo-Haus, die von Geistlichen geleitete katholische Verlagsanstalt geschlossen und von da ab gewann Hitlers Wort von der „barbarischen Rücksichtslosigkeit“, mit der er alle seine Gegner ansrotten wolle, auch gegenüber der Kirche Geltung. Die Fuldaer Bischofskonferenz hatte wohl die loyale Unterwerfung der Kirche verkündet, aber ein Punkt ihrer Beschlüsse hatte den Unwillen des herrschenden Sunnentums erregt. Die Konferenz hatte gewagt, „volles Gemeinschaftsrecht für die kirchliche Jugendorganisation und das Erziehungsrecht im Sinne körperlicher und beruflicher Ertüchtigung ihrer Mitglieder“ zu fordern. Erziehung der Jugend, das soll das Monopol des Nationalsozialismus sein, er und nicht die Kirche soll den bestimmenden Einfluß auf sie üben, der Kirche soll dabei lediglich die Funktion der Mitwirkung zugebilligt werden. Seelsorge ja, doch mit gewissen Beschränkungen und keinesfalls Stellungnahme vom Standpunkte der Religion zu weltlichen Fragen.

Da die Kirche bei ihrer Loyalitätskundgebung sich einen Vorbehalt sichern wollte, traten die ausführenden Amtsgänge des Drit-

ter Reiches, die braunen Plattenbrüder in Funktion. Katholische Führer wurden eingesperrt, aus den Aemern hinausgeworfen, Briefe besperrt, beschimpft und mißhandelt. Die früher den Marxisten vorbehaltenen Titel wie „Landesverräter“, „Schweinehunde“, „vaterlandslose Gesellen“ mußten nun auch die Zentrumsangehörigen sich gefallen lassen. Anlässlich des katholischen Seiertages in München leisteten die vertiereten Heerscharen Hitlers das Möglichste. Priestern wurde ins Gesicht gespuht, katholische Gesellen und ihre Führer wurden von den braunen Trupps als „katholische Schweinehunde“, „schwarze Pfaffenbrut“, „Schweinepriester“, „Saupfaffen“ beschimpft und ihnen versprochen, sie und den Kardinal aufzuhängen, über den Haufen zu schießen; es wurden ihnen die Christusabzeichen abgerissen und wo sich die so Behandelten zur Wehre setzten, fielen die SA-Leute mit Gummiknüppeln über sie her, so daß mancher katholische Geselle blutüberströmt und schwer verletzt vom Plage getragen wurde.

Nachdem den Bekenntern der Kirche auf diese Weise der Dank dafür abgestattet worden war, daß sich die Kirche dazu hergegeben hatte, Partnerin des Dakenkreuzfaszismus sein zu wollen und nachdem sich das Zentrum willig dem Gleichschaltungsprozeß unterworfen hatte, ist nun auch der Vatikan daran gegangen, die Anpassung an den herrschenden Faszismus zu vollziehen, um nach dem Untergang des Zentrums wenigstens die kirchliche Organisation vor einem ähnlichen Schicksal zu retten. Vizekanzler von Bapen reiste nach Rom und von dort kommt nun die Nachricht über den bevorstehenden Abschluß eines Paktes des Vatikans mit Hitler-Deutschland, demzufolge sich die katholische Geistlichkeit künftig jeder politischen Tätigkeit in der bisherigen Richtung zu enthalten hat und nur jene katholischen Vereine bestehen bleiben, die sich auf kirchlich-kulturellem Gebiet betätigen. Dieser Vertrag bedeutet die restlose Preisgabe des Zentrums durch den Papst. Der „Selbstausslösung“ des Zentrums, dieser einst mächtigen Partei, dessen Widerstandskraft sogar einem Bismarck zu schaffen gemacht hat, sieht nun nichts mehr im Wege und wird wohl schon in den nächsten Stunden erfolgen.

Was beabsichtigt war, das beginnt nun mit Zustimmung des Vatikans Tatsache zu werden: die Kirche wird die geistige St. des Dritten Reiches. Als Religionsgemeinschaft bleibt sie bestehen, als solche wird ihr eine gewisse Unabhängigkeit gesichert, ihr Wirkungsbereich darf aber nur mehr ein rein religiöser sein, kulturell wird sie sich nur mit dem Wesen und den Zielen des Dritten Reiches gleichgerichtet betätigen dürfen. Der „sittlich-religiösen“ Erziehung will der Faschismus als Mittel, die von ihm despotisch regierten Menschen besser zu beherrschen, nicht entraten und die Kirche hat angesichts der Machtverhältnisse nicht gezögert, unter Preisgabe der Katholiken mit ihm in diesem Sinne zu paktieren. Auch dieses Bündnis wird nicht verhindern, daß der Faschismus, vielleicht früher als seine Schützer und Kontrahenten ahnen, auf dem Schindanger der Geschichte verende.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen des Montag waren zunächst der Diskussion über die Berichte und das Referat des Genossen Kaufmann gewidmet. Es sprachen Genosse Dinnebier, der einen Ueberblick über den Stand der Papierindustrie gab und die Auswirkungen des Kartellvertrages auf die Lage der Papierarbeiter besprach. Genosse Jager-Troppan befaßte sich vor allem mit dem Doppelverdienereisen, Ficker-Marschendorf berührte wichtige soziale Probleme, während Pöckel-Auffig auf den starken Unterschied zwischen den Leistungen der Invalidi- und Altersversicherung und der Pensionsversicherung hinwies und eine Angleichung der Leistungen an letztere verlangte. Lehmann-Zandhübel rief zu erhöhtem Kampf gegen den Faschismus auf, Juhler-Arnau verlangte weitere Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge und unterstrich die Bedeutung der Bildungsarbeit gerade in der Krisenzeit. Genosse Richter aus Niederneißel schilderte vor allem die Auswirkungen der Krankerversicherung. Genosse Bruh-Graupen befaßte sich mit den Auswirkungen der Krankerversicherung.

Mit den Schlussworten der Genossen John und Kaufmann war die Diskussion abgeschlossen.

Die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen wurden in einer Resolution zusammengefaßt, die einstimmig angenommen wurde.

Darin wird auf die entsetzliche Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse durch die Krise verwiesen und gegen die erhöhte Ausbeutung durch die Unternehmer protestiert. Allein in der Papierindustrie sind durch die organisierte Stilllegung von elf Fabriken 2000 Arbeiter um ihren Arbeitsplatz gebracht. Die stillgelegten Fabriken erhalten auf Grund der Kartellverträge Millionen, auf die arbeitslosen Arbeiter entfällt davon kein Heller.

Der Verbandstag ist sich weiters der großen Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse bewußt, in dieser Situation alle Kräfte zur Abwehr der geplanten sozialpolitischen Verschlechterungen zu sammeln und den Abwehrkampf mit aller Entschiedenheit zu führen. Er fordert eine positive Bekämpfung der Krise durch

ausreichende öffentliche Arbeitsbeschaffung, ferner menschenwürdige Unterstützung der Krisenopfer und Beschaffung der hierzu nötigen öffentlichen Mittel durch ernsthafte Heranziehung der Kapitalisten zur Schaffung und Erhaltung des wiederholt geforderten staatlichen Notfonds, Verkürzung der geschlichen Arbeitszeit, die allein imstande sein kann, besonders in der Industrie neue Arbeitsplätze zu schaffen, und schärfste Bekämpfung jedes Lohnabbaus, der in seiner Auswirkung nur wieder krisenverschärfend sich auswirkt.

Der Verbandstag begrüßt es, daß endlich das seit Jahren geforderte Kartellgesetz im Werden begriffen ist.

Der Verbandstag ruft seine Vertrauensmänner und Mitglieder auf, durch eine energische Vertretung dieser Forderungen im Einvernehmen mit der gesamten klassenbewußten Arbeiterklasse der OSA die Voraussetzungen für deren Durchsetzung und damit für eine Besserung der bedrohten Lebenslage der Arbeiterklasse zu schaffen.

Die zahlreichen Anträge, die dem Verbandstag vorlagen, wurden entsprechend den Vorschlägen des Verbandsvorstandes erledigt.

Die **Wahlen** in die einzelnen Verbandskörperschaften hatten folgendes Ergebnis:

Engerer Verbandsvorstand:
Karl Schapka, Verbandsobmann, Julius John, Zentralsekretär, Mitglieder: Anton Baumgartner, Ferdinand Guschel, Rudolf Müller, Johann Plach, Anton Spiegel, Adolf Pohl, Redakteur, Franz Dinnebier, Sekretär.

Erweiterter Verbandsvorstand:
Engelbert Prosig, Wenzel Ficker, Franz Ruckendorfer, Edward Tierschel.

Außerdem wurde noch die Kontrolle und die Schiedsrichter gewählt.

Gegen 5 Uhr nachmittags wurde der arbeitsreiche Verbandstag mit einem eindrucksvollen Schlusswort des Genossen Spiegel beendet.

Freundschaftsabend.

Sonntag abends waren die Delegierten Gäste der Auffiger und Schredensteiner Gruppen, die einen Freundschaftsabend veranstalteten. Das Doppelquartett der Auffiger Volksgemeinde, das glänzend disponiert war, lang eine Anzahl schöner Lieder, während die bekannte Veranstaltungsgesellschaft des Auffiger Bezirksbildungsausschusses eine Preßenerbelzene mit großem Erfolge aufführte. Auch die roten Girls hatten mit ihren Tänzen stürmischen Beifall.

Kartellgesetz vorgelegt.

Brag, 4. Juli. Im Parlament wurde heute das Kartellgesetz, die Vorlage über die Liquidierung des Ernährungsministeriums sowie das Ministerverantwortlichkeitsgesetz in der neuen Ausschussfassung vorgelegt.

Das Kartellgesetz wurde noch am Abend vom Verfassungsrechtlichen Ausschuss mit kleineren Änderungen angenommen. Es soll ebenso wie das Ministerverantwortlichkeitsgesetz bereits in der nächsten Plenarsitzung am Freitag um 1 Uhr mittags in Verhandlung gezogen werden.

Aus dem umfangreichen Kartellgesetz heben wir folgende Bestimmungen hervor:

Im ersten Teil der Vorlage wird der Begriff eines Kartellvertrages definiert, zu dessen Gültigkeit die schriftliche Formulierung notwendig ist. Beim statistischen Staatsamt wird ein jedermann zugängliches Kartellregister errichtet, in dem die Kartellverträge und wichtige Daten über die Kartellparteien registriert werden.

In § 4 wird das Statistische Staatsamt verpflichtet, nach von ihm bestimmten Richtlinien die Verkaufspreise sowie auch die auf Grund von Kartellverträgen bestimmten Tarife in Ordnung zu halten. Zu diesem Zwecke sind diese Preise und ihre Änderungen dem Statistischen Staatsamt anzuzeigen. Das statistische Amt verfolgt die Preisentwicklung der Waren, auf die sich die Kartellverträge erstrecken, auch in den weiteren, durch die Kartellverträge nicht berührten Abzweiggruppen. Dadurch soll eine Ueberprüfung über die Auswirkung der Kartelle auf die Preisgestaltung erzielt werden.

Die vertragschließenden Kartellparteien werden weiters verpflichtet, über alle einschlägigen Kartellmaßnahmen schriftliche Aufzeichnungen zu führen; ein gemeinsames Vorgehen gegenüber Abnehmern, Lieferanten, Kundschaften und dritten Personen überhaupt (Sperr) ist außerdem acht Tage vor Inkrafttreten dem zuständigen Ministerium anzuzeigen; andernfalls ist die Vereinbarung ungültig.

Der zweite Teil befaßt sich mit dem Schutz der Konsumenten gegen schädliche Auswirkungen der Kartellverträge. § 7 bestimmt:

„Wenn die Befürchtung begründet ist, daß durch die Durchführung eines Kartellvertrages ein öffentliches Interesse durch unangemessen hohe Preise (Tarife von Verkehrs-, Kredit- oder Versicherungsunternehmen), durch Handelsunionen, die die Detail- oder Großhandelspreise unangemessen erhöhen, oder durch ungerechtfertigte Sperrungen bedroht würde, hat das zuständige Ministerium entweder selbst oder über Auftrag der Regierung eine Untersuchung durchzuführen.“

Das untersuchende Ministerium kann in jedem Stadium Vergleichsverhandlungen einleiten; sind diese von Erfolg begleitet und besteht die Gefahr einer Bedrohung des öffentlichen Interesses nicht mehr, so wird die Untersuchung eingestellt. Ein Vergleichsverfahren kann auch über Ansuchen einer der Spitzenorganisationen der intereffizierten Verbände eingeleitet werden. Für die Untersuchung, die sich nicht auf Betriebsgeheimnisse erstrecken darf, gelten im allgemeinen die Vorschriften des Verwaltungsverfahrens. Nach Abschluß der Untersuchung legt das Ministerium der Regierung einen Bericht mit einem Antrag vor.

Wird durch die Untersuchung festgestellt, daß die Preise tatsächlich unbegründet hoch sind, bzw. die Handelsunionen die Preise unangemessen erhöhen oder daß durch die verhängte Sperrung die Geschäftstätigkeit der Betroffenen unzulässig gemacht oder ernstlich bedroht wird, entscheidet die Regierung, daß es dem Kartell verboten ist, auf dem Inlandsmarkt höhere als die festzusetzenden Preise zu verlangen, bestimmte Handelsunionen zu gebrauchen, bzw. die Sperrung durchzuführen. Das Verbot höherer Preise kann höchstens auf ein Jahr erlassen werden.

Bei Nichtbefolgung der Entscheidung der Regierung kann diese die Hinterlegung einer Kaution bis zu 8 Millionen Ka fordern, den Kartellvertrag für wirkungslos erklären oder die Kartellorganisation auflösen. Aus der Kaution werden die verhängten Ordnungsgeldstrafen u.ä. gedeckt. Diese betragen sich in der Höhe von 1000 bis 500.000 Ka.

Ist Gefahr im Verzuge, so kann die Regierung schon vor dem Abschluß der Untersuchung vorläufige Maßnahmen treffen, die jedoch auf die unbedingt notwendige Dauer (bei Preisverböten auf höchstens einen Monat) beschränkt werden müssen.

Die Regierung kann mit der Entscheidung und den damit zusammenhängenden Maßnahmen aber auch eine eigene Kartellkommission betrauen, die aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter (die von der Regierung ernannt werden) und sieben Mitgliedern besteht, die von den beteiligten Ministerien ernannt werden. Für die Hauptentscheidung, bzw. für Maßnahmen nach § 13 ist hier Einstimmigkeit erforderlich.

Gegen die Entscheidung der Regierung, bzw. der Kartellkommission ist die Beschwerde wegen Ungültigkeit an das Kartellgericht zulässig, dessen Mitglieder aus Richtern des Obersten Verwaltungsgerichtes und aus Fachmännern vom Präsidenten der Republik ernannt werden. Die Entscheidung wird in Senaten gefällt, die aus dem Vorsitzenden, zwei Richtern und zwei Fachmännern bestehen.

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Hartwig

Alle Rechte vorbehalten

„Deine Nummer wird überwacht. Wenn ich dir einen Rat geben darf, benutze dein Telephon in den nächsten Tagen nur für ganz harmlose Gespräche, die jeder hören darf.“

Lillian fröstelte.

„Nun, Lillian,“ sagte Borris mit einer beinahe unheimlichen Heiterkeit, „was hast du mir zu berichten?“

„Borris, ich kann mich kaum fassen. Ich habe richtiges Herzklopfen. Eine abenteuerliche Idee, so hier aufzutanken. Ich glaube, ich bin noch nicht ganz wach. Sehe ich nicht noch ganz veräschlafert aus? Bitte, reiche mir den Handspiegel vom Toilettentisch!“

Trotz der eigentümlichen Situation war Lillian um ihr Aussehen besorgt und sie konstatierte mit Befriedigung, daß ihr der Spiegel zwar dunkel umrandete Augen, aber sonst ein schönes und ruhiges Gesicht zeigte. Sie legte den Spiegel fort, lächelte den seidenen Strahlen ihres Händes und lächelte Borris zu. Als er ihr Lächeln nicht erwiderte, wurde ihr mit einem Male bang und traurig ums Herz. Statt zu sprechen, streichelte sie seine Hand.

„Das soll wohl heißen,“ sagte er kalt, „daß du keine guten Nachrichten für mich hast!“

„Nichts, Borris, nichts!“

„Wahrscheinlich hast du nichts unternommen,“ meinte Borris wegwerfend. „Ich kann es mir nicht vorstellen, daß man sich nicht acht-hundert Mark verschaffen kann. Ich selbst könnte es, aber mir sind doch die Hände gebunden. Ich kann dir nur das eine sagen: Mein moralischer Zustand ist so, daß ich vor nichts mehr zurück-schrecke. Es zudte mir in den Händen, diesen Spion da unten niederzuschlagen. Es hätte mir allerdings nichts geholfen. Aber — wenn ich das Reisetgeld nicht bekomme, ich ... ich ... dann bringe ich noch jemanden um. Verstehst du?“

„Er senkte die Stimme wieder, Lillian wagte es nicht, ihn am Sprechen zu hindern. „Da gibt es Menschen, Lillian, Menschen, die sich krank fressen, und ich soll sterben, weil ich dieses lumpige, dreieckige Geld nicht aufbringen kann. Aber, wach auf! Einige Leute habe ich schon lange im Auge, einige Fettbäuche! Es wäre nicht die schlechteste Idee ... Dann sollen sie mich suchen, mich, mit meinem falschen Paß! Uebrigens ... hast du nicht etwas zu essen für mich?“

„Aber, ich lasse Tee kochen,“ sagte Lillian rasch, froh, daß das Thema gewechselt war.

„Aute! Dort ist die Glocke!“

„Nein, nein; sonst erregte man nur den Argwohn dieser alten Bürgerin. Nein, nur so ... ein paar Bissen.“

„Auf dem Tischchen findest du Keks, Schokolade, Bananen und ... nimm dir, bitte, was dort liegt.“

„Jetzt hör mich genau an,“ begann Borris, während er heftig laute und mit großen Bissen alles verschlang, was er vorfand, „du mußt heute noch alles Mögliche versuchen, verstehst du? Alles Mögliche! Es genügt mir auch ein kleinerer Betrag, gut, gut, egal, damit ich nur endlich in der Bahn sitze, damit ich nur fort bin und womöglich meine Spur verwische, egal, aber etwas, ich habe noch einige Dinge hier zu erledigen, verstehst du, man kann auch auf der Flucht erschossen werden. Aber gut, jetzt müssen eben alle anderen Dinge in den Hintergrund treten, ich muß fort. Also, nochmals, Lillian, ich danke dir für alles, was du bis jetzt versucht hast, aber ich kann auf deine Hilfe noch nicht verzichten. Heute, um 23 Uhr, geht ein Zug, ein sehr guter Zug, er führt allerdings keine dritte Klasse, aber das

macht nichts; bei der Paßkontrolle ist es natürlich gut, wenn ich nicht dritter Klasse fahre, also, wie gesagt, diesen Zug möchte ich benutzen. Begreifst du? Das Geld, welchen Betrag immer du zusammenschaffen kannst, am liebsten natürlich den vollen Betrag, er ist genau ausgerechnet, das Geld also bringst du im Laufe des Tages zu Sophie Kandler, Taubenstraße 34. Wirst du es dir merken? Oder, wart, ich schreibe es dir auf ... so ... hier ... bitte ... kannst du es lesen?“

„Ja.“

„Solltest du nicht zu Sophie Kandler kommen, sei es, weil du keine Zeit hast, sei es, weil du erst spät das Geld beisammen hast, dann ... du hast doch heute abend Vorstellung, nicht?“

„Ja.“

„Wann ist sie zu Ende?“

„Ich bin nach dem zweiten Akt fertig.“

„Um welche Zeit ist das?“

„Ich verlasse das Theater etwa um halb zehn Uhr.“

„Gut, dann bin ich um diese Zeit vor dem Bühneneingang. Dann habe ich noch bequem Zeit, zum Zug zu gehen.“

Es klopfte an der Tür und Borris griff hastig nach seiner Brille.

„Wer ist das?“ rief Lillian.

„Sie wird dich doch hoffentlich nicht mit dem Theaterdiener in Verdacht haben!“

„Das nicht, aber sie wird ihn dir nicht glauben.“

„Ich gehe schon!“

Borris schob sich die Brille zurecht, hülpte den Hut auf und griff nach seinem abenteuerlichen Mantel.

„Borris, das Wichtigste: der Paß!“

„Ja, denk dir, den bekomme ich noch heute!“

„Wieso, Borris, wieso?“

„Ein Zufall, ein ganz eigentümliches Zusammentreffen. Das erzähle ich dir, wenn du einmal nach Moskau kommst, zu einem Gastspiel.“

„Borris, mach doch jetzt keine Witze! Um Gottes willen!“

„Es ist so gut wie sicher, daß ich den Paß bis heute abend habe. Also, ohne Sorge! Ich gebe, sonst fällt die Sache wirklich auf. Leb wohl. Hast du die Adresse? Also vergiß nicht! Leb wohl, Lilli — Kind!“

Er ging winkend zur Tür. Als Lillian die Hand nach ihm ausstreckte, ging er zögernd an ihr Bett zurück. Das Mädchen zog ihn zu sich nieder, sah nach seinem Kopf und küßte ihn auf beide Wangen. Einen Augenblick blieben sie so, still und zärtlich, in tiefem, wortlosem Abschiednehmen, dann lösten sie sich von einander und der junge Mann ging mit schleppenden Schritten. Als Lillian allein war, hämmerte ihr Herz und sie fuhr sich über die feuchten Augen.

Wenige Stunden später ging Lillian in die Pfandleihanstalt, erhielt aber für ihren Ring nur 120 Mark, zu Mittag bot sie den Theaterkassierer um einen außerordentlichen Vorschuß, erhielt aber zur Antwort, daß er ihr das Geld erst nach der Tagesabrechnung geben könne, also am Abend vor der Vorstellung.

(Fortsetzung folgt.)

Der dritte Teil unterwirft den Bestimmungen über die Kartelle auch alle jene Erscheinungen des Wirtschaftslbens, die einen ähnlichen Einfluß wie die Kartelle haben können (Privatmonopole) und Außenländer) und will die Preisentwicklung auch in weiteren durch Kartelle nicht berührten Absatzgruppen erfassen.

Weiter wird die Gültigkeit der Bestimmungen über die Kartelle auch auf unangemessen hohe Preise (Tarife) von wichtigen Bedarfsgegenständen und Leistungen erweitert.

Der vierte Teil betrifft die Organisation der Kartellkommission und des Kartellgerichtes, der fünfte Teil regelt den Rücktritt von Kartellverträgen im Falle ernstlicher umherhergehender wirtschaftlicher Bedrohungen. Derartige Streitfälle werden zur Vereinfachung der Judikatur beim Kreishandelsgericht am Sitz des zuständigen Obergerichtes konzentriert. Der sechste Teil behandelt die schon erwähnten Strafbestimmungen, der siebente die Uebergangsbestimmungen. Das Gesetz soll am 1. September in Wirksamkeit treten; bereits bestehende Kartellverträge müssen bis 1. November 1933 registriert werden.

Dienstpragmatik angenommen.

Am Plenum stand heute die Verschärfung der Dienstpragmatik zur Verhandlung, die auch schließlich in erster Lesung verabschiedet wurde.

An der Vorlage hat der Ausschuß Montag abends eine Reihe von Änderungen vorgenommen. So wurde der strafbare Tatbestand nach § 2, der dauernde Entlassung aus dem Dienst nach sich zieht auch auf Personen erweitert, die

„wissenschaftlich in Ausübung ihres Dienstes (also nur bei aktiven Staatsangestellten!) durch die Behauptung oder Verbreitung unwahrer Tatsachen über verfassungsmäßige Faktoren deren Würde herabsetzen oder auf gleiche Weise das Vertrauen in die schicksalswahlige Wahrung oder in die Sicherheit der Einlagen untergraben ...“

und ein weiterer Absatz eingefügt, daß Personen, die deshalb aus dem Dienst entlassen wurden, innerhalb einer in dem Entlassungsbescheid festzusetzenden Frist nicht in einen anderen Zweig der öffentlichen Verwaltung aufgenommen werden dürfen. In den Begriff der öffentlichen Ämter, die eventuell entzogen werden können, wird auch der Staatsbeitrag nach der Pensions- oder Sozialversicherung einbezogen.

Die zeitweise Entlassung aus dem Dienst wird auf höchstens drei Jahre begrenzt. Der in § 4 vorgesehene Entzug der Familienzulage für Familienangehörige, die staatsfeindliche Umtriebe begehen, wird nur dann durchgeführt, wenn der betreffende Angestellte diese staatsfeindliche Betätigung nicht verhindert, obwohl er die Möglichkeit hätte; in der ursprünglichen Fassung sollte diese Konsequenz bereits eintreten, wenn er diese Betätigung auch nur „duldet“.

Zwei weitere kleinere Änderungen betreffen die §§ 11 und 13. Am § 13 wird die Kürzung der Dienstbezüge im Falle der Suspendierung den Vorschriften der Dienstpragmatik angepaßt.

Der Referent Richter (Nat.-Soz.) führte an, daß es heute ein Gebot der Selbstwehr der Demokratie sei, Maßnahmen zu ihrem Schutz zu treffen. Diese Maßnahmen entspringen nicht der Furcht vor irgend jemandem, sondern der Besorgnis, daß die Demokratie bei uns nicht ein gleiches Schicksal wie in den Nachbarländern treffe. Bei uns werden über die Leiter der Demokratie keinesfalls Parteien und Strömungen zur Macht gelangen, die die Demokratie abzurufen wollen. Er ergreift sich dann in einer ziemlich scharfen Kritik des Brünner Urteils gegen die Kasernenstürmer und erklärt, bei dem Prozeß seien die Interessen des Staates völlig in den Hintergrund getreten. Nach diesem Urteil wären Putzschüsse fast ohne Risiko; das werde man aber nicht zulassen!

In der Debatte gab es bei der Rede Dr. Moudry (Nat.-Soz.) mehrere Ordnungsrufe an kommunistische Zwischenrufer. Moudry ging dann auf Gajdas Lebenslauf ausführlich ein. Von der Koalition sprach noch ein tschechischer Agitator und der Nationalsozialist Bergmann. Sonst wurde die Debatte von drei Kommunisten, zwei Ligisten und Vertretern von Splitterparteien bestritten, die sich alle scharf gegen die Vorlage stellten. Die deutsche Opposition gab durch Dr. Peters wieder einer der obligaten gemeinsamen Erklärungen ab, in der es u. a. hieß, die Vorlage diene nicht dem Schutz der Demokratie, sondern dem Schutz des Regimes.

Im Schlußwort erklärte der Referent, es komme ihm vor, daß alle die Oppositionsredner erst kürzlich vor dem Mond gefallen seien, weil sie die Entwicklung rings um uns nicht sehen wollen und sich der Notwendigkeit von Präventivmaßnahmen verschließen.

Die Vorlage wurde dann in erster Lesung angenommen.

Die Aufhebung des Ernährungsministeriums soll schon mit 15. Juli d. J. in Kraft treten. Die Liquidierung der wirtschaftlichen Maßnahmen des Ministeriums führt das Finanzministerium durch, die der Hilfsaktion aus den Jahren 1932 und 1933 das Fürsorgeministerium. Von den Ämtern übernimmt den Hauptteil das Innenministerium, darunter auch die Bucherangelegenheiten, Lebensmittel- und Preiskontrolle usw., den Rest das Gesundheitsministerium (Nahrungsmittel-Ersatzstoffe) und das Fürsorgeministerium (Konsumentenschutz). Dem Ministerratspräsidium wird die Verfolgung volkswirtschaftlicher Fragen zur Vorbereitung von Regierungsentscheidungen zur Pflicht gemacht, wodurch eine frühere Anregung des Ministerpräsidenten in abgeschwächter Form zur Ausführung gelangt. Die Verfügung über die noch nicht erschöpften Budgetkredite des aufgelassenen Ministeriums wird der Regierung überlassen.

Ist das der Aufbruch der Nation?

Aus deutschen Gefängnissen.

Zu den Mißhandlungen, denen die Gefangenen des Dritten Reiches in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern bisher ausgesetzt waren, ist nun eine neue Art der Qualen gekommen. Um die Leute, die bisher körperlich und seelisch total zugrunde gerichtet sind, auch weiterhin nicht zur Ruhe kommen zu lassen, ist man dazu übergegangen, ständige Umlegungen vorzunehmen. So schickt man die Gepeinigten jetzt

von einem Lager, Gefängnis oder Zuchthaus ins andere,

damit sie ja nicht irgendwo wenigstens einige ruhige Tage verbringen können, damit sie ja immer in neue und möglichst viele Bände geraten. Jeder Dittlerische Denkerstreich soll sein Müßchen an den „Zugängen“ kühlen können.

Auch Ossiechly und Mühlhans sind wieder verlegt worden. Von Sonnenberg nach dem Zuchthaus Brandenburg. Beide sollen endlich ausdauern. Raam mehr in der Lage zu gehen, haben sie sich in einer vollkommenen Apathie bereits in ihr furchtbares Schicksal gefunden. Noch vor wenigen Wochen wurden sie in Sonnenburg

Nacht für Nacht aus den Betten geholt und gepöbel.

Die Art der ständig wechselnden Umquartierung stellt an die Nerven der Gefangenen unerhörte Anforderungen. Viele, viele vermögen die seelische und körperliche Ermüdung nicht zu ertragen und ziehen, wenn es ihnen gelingt, den Tod einer solchen Gefangenschaft und einer vielleicht noch schlimmeren Zukunft vor. Entweder sie versuchen, in größter Verzweiflung mit letzter Energie eine vollkommen aussichtslose Flucht zu machen und werden erschossen oder sie ersparen ihren Peinigern das Pulver und gehen freiwillig aus dem Leben.

Trotzdem die Wächter ihre Opfer ständig bewachen, um ihr teures Leben zu „erhalten“.

steigt die Zahl der Selbstmorde in den deutschen Gefangenenanstalten von Monat zu Monat gewaltig.

Während noch der Statistiker bisher alljährlich in den deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern 1256 Selbstmorde verübt wurden, erhöhte sich diese Zahl im ersten Viertel dieses Jahres schon auf 1327. Auf das ganze Jahr umgerechnet, würde das nun 5500 Selbstmorde ergeben.

Dabei wird die Flucht aus dem Leben von den Gefangenen auf die martelvollste Art ausgeführt. Die üblichen Selbstmordmethoden sind infolge der ständigen Bewachung bei Tag und Nacht nicht anzuwenden. Aber der tiefe Drang, einem solch qualvollen Leben ein Ende zu machen und das ewige Nachdenken über die Möglichkeiten eines Selbstmordes unter diesen schwierigen Verhältnissen läßt die Häftlinge auf kaum glaubliche Absonderlichkeiten kommen.

So fand man eines Morgens im Untersuchungsgefängnis Moabit einen Gefangenen, der kurz vor seiner Verurteilung wegen „Verleumdung von Mitgliedern der Reichsregierung“ stand und eine vieljährige Zuchthausstrafe zu erwarten hatte, in seiner Zelle tot auf. Die nähere Untersuchung ergab, daß sich der Häftling

mit einer Sicherheitsnadel das Herz durchstochen

hatte. Und ebenso schauerlich ist die Selbstmordart eines anderen Gefangenen, der tagsüber aus seinen Stiefeln einige Nägel entfernt hatte und sich

Torgler in Ketten!

Man will ihn zum Selbstmord treiben!

Der Londoner „Daily Herald“ meldet, was der in Paris eingetroffene 15jährige Sohn Ernst Torglers, des kommunistischen Fraktionsführers im Deutschen Reichstag, von der bestialischen Behandlung seines Vaters berichtet hat, dem er einige kurze Bemerkungen machen konnte. Ernst Torgler ist danach im Gefängnis Moabit Berlin seit Wochen gefesselt und muß die schweren eisernen Ketten Tag und Nacht, sogar bei den „Ruhzeiten“ tragen. Torglers Freunde fürchten, daß er durch diese Martor zum Selbstmord getrieben werden wird, bevor es zu der famosen Gerichtsverhandlung gegen ihn, die vier verhafteten bulgarischen Flüchtlinge und den Van der Lubbe wegen des Göringischen Reichstagsbrandes kommt. Die Schurken wissen, daß Torgler mit dem Reichstagsbrand nichts mehr zu tun hat, als daß er und viele seiner Genossen zu den ersten Opfern dieses grandiosen Verbrechens gehören. Man fürchtet, daß er vor dem Reichsgericht, wenn auch noch so beschränkt in seiner Redefreiheit, die Wahrheit in seiner eindringlichen Weise aufdecken wird.

Manche werden sich noch erinnern, wie die ganze Kulturwelt aufgeschrien hat, als zaristische Schergen Gefangene in Sibirien mit Ketten beluden. Aber selbst der Zarismus hat das nur gegen bereits zur Zwangsarbeit Verurteilte verübt und niemals gegen Untersuchungsgefangene.

Mandatsniederlegung Leichts.

Der langjährige Führer der Reichstagsfraktion der bairischen Volkspartei, Domdekan Johann Leicht, hat, wie das WZ-Büro meldet, nunmehr sein Reichstagsmandat niedergelegt. Eine Begründung hat Abgeordneter Leicht nicht gegeben.

mit dem Tüngsten von ihnen ebenfalls einen Stich ins Herz beibrachte.

Was müssen diese Menschen erduldet haben, bis sie sich zu diesen verzweifelten Schritten entschlossen!

Die Selbstmorde der Gefangenen des Dritten Reiches zeugen oft von einer märchenhaften Energie. Entschlich klingt ein Knall, der sich in der Strafanstalt Blökensee ereignete. Hier versuchte ein Gefangener dadurch Selbstmord zu begehen, daß er sich

mit einem Bleistift beide Augen ausstach.

Unausdenkbar die Qual eines solchen Entschlusses! Was war dagegen ein Marius Seapela, der sich die rechte Hand verbrennen ließ? Dabei fand der Unglückliche nicht einmal den Tod. Er wurde sogar „gerettet“! Daraufhin wurde er allerdings aus dem Zuchthaus entlassen. In Sonnenburg hat ein vom Sondergericht Verurteilter sich die Mißhandlungen und Qualereien so zu Herzen genommen, daß er sicherlich in fast wahnsinnigem Zustand sich

den Kopf am Eisenbett in seiner Zelle buchstäblich einschlug.

Es ist direkt unfahbar, auf welche Gedanken oft Gefangene kommen, um ihr Leben vorzeitig zu beenden, um dem Höllenleben zu entgehen. Da hat im Zuchthaus Münster ein zu fünfzehnjähriger Zuchthausstrafe Verurteilter sich in mühseliger, tagelanger Arbeit

mit einem Aluminiumlötlöffel die Pulsadern durchschnitten,

eine Tat, zu der der Selbstmörder mindestens zehn Tage benötigte. Er mußte von Frühe bis Nacht, fast ohne Unterbrechung mit dem stumpfen Löffelstiel an der Pulsader gearbeitet haben. Ein anderer vollbrachte diese Prozedur mit einem Stückchen dünner Schnur.

In vielen Fällen versuchen Inhaftierte dadurch Selbstmord zu verüben, daß sie Nägel, Lösel und Nadeln verschlucken, andere erhängen sich mit ihrem Hemd am Jalousienfenster. Ein politischer Häftling, der gerade vor seiner Verhandlung stand,

entfernte sich in der Zelle von allen zehn Fingern die Nägel und aß sie auf.

Der Mann erkrankte unter schweren Verastungserscheinungen und starb bald darauf unter furchterlichen Schmerzen.

In den seltensten Fällen erfahren die Angehörigen von dem furchtbaren Ende der zu Tode Gepeinigten. Zur Leiche, ob man den Mann auf der Flucht erschossen und verstümmelt, oder ob er zum Arctod getrieben wurde, wird nur der Weisliche gerufen. Ihm erlegt man Schweigegeld auf. Vielfach muß er sogar einen Wächter unterschreiben, in dem er sich ausdrücklich zum Schweigen verpflichtet. Dann kommt

der tote Körper in einen Weisara, der versiegelt wird und nicht mehr geöffnet werden darf.

Die Verwandten müssen sich mit der kurzen Mitteilung „auf der Flucht erschossen“ oder „Selbstmord“ begnügen.

Im heutigen Deutschland bemüht man sich gar nicht, solche grausige Taten zu bekämpfen. Wer weigert, ist weg! Es gäbe ja sehr leicht Maßnahmen, die enorme Selbstmordlösser auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wenn man nämlich die Gefangenen wie Menschen behandeln würde und nicht wie — nein, selbst bei wilden Tieren müßte man sich entschuldigen!

Wie man in Hitlerdeutschland Richter behandelt:

Berlin, 4. Juli. Der thüringische Innenminister Wächter hat zwei Richtern und einem Beisitzer der Disziplinarkammer in Weimar die weitere Amtsausübung verboten. Die Angeführten haben sich durch einige allzu milde Urteile schuldig gemacht. Ihr Hauptverstoß war, daß die betreffende Kammer zwei Professoren, die es ablehnten, daß in ihren Klassen die amtlich vorgeschriebene Aufgabe gegen den Verfall der Friedensverträge registriert werden, nur zur strafweisen Vernehmung verurteilte. Eine so gelinde Strafe hält der thüringische Innenminister für eine direkte Sabotage der neuen Jugenderziehung.

In Recklinghausen wurde der katholische Kaplan Bombicki verhaftet, da er in seiner Predigt das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die Katholiken in Deutschland kritisierte und es den Methodisten verglich, die gegen die Katholiken in Mexiko in Anwendung gebracht werden.

Stahlhelm bekommt Hakenkreuzbinden.

In der parteiamtlichen Verordnung über die Eingliederung des Stahlhelms wird u. a. ausgeführt:

Der gesamte Stahlhelm tritt unter den Befehl der obersten SA-Führung und wird nach ihren Richtlinien neu gegliedert.

Der Jungstahlhelm und die Sporteinheiten werden entsprechend den Gliederungen der SA neu zusammengefaßt.

Als Zeichen der Verbundenheit des Stahlhelms mit der nationalsozialistischen Bewegung tragen diese Teile des Stahlhelms die selbgraue Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Grund.

An unsere Abonnenten und Kolporteure!

Wegen der beiden aufeinanderfolgenden geschäftlichen Ebenen (5. Juli: Cyril und Method, 6. Juli: Hus-Tag) entfällt die Ausgabe der Zeitungen am Donnerstag, den 6. Juli.

Die nächste Ausgabe unseres Blattes erscheint daher erst Freitag, den 7. Juli, zur üblichen Stunde.

Schwerste Konflikte im nationalsozialistischen Lager

Berlin, 4. Juli. Zwischen dem nationalsozialistischen Oberpräsidenten der preussischen Provinz Schlesien, Brüdnner, und dem preussischen Ministerpräsidenten und Innenminister Goering ist ein schwerer Konflikt ausgebrochen, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Dieser Konflikt beruht auf folgendem Tatbestand:

Am 28. Juni hat der Oberpräsident Brüdnner in einer Funktionär-Konferenz der schlesischen Bauernorganisationen, die sämtliche unter nationalsozialistischer Leitung stehen, gefordert, daß der gesamte Grundbesitz über eintausend Morgen und aller Boden, der nicht unter eigener Bewirtschaftung steht, zwangsweise enteignet wird. Für die Berechnung des Wertes des zu enteignenden Bodens solle die letzte Vermögenssteuererklärung des leiblichen Eigentümers als Grundlage dienen; dieser Wert solle jedoch nicht in Bar erstatet werden, sondern durch Hingabe von Stücken einer aufzuliegenden unverzinslichen und mit jährlich 1,5 Prozent zu amortisierenden Anleihe.

Wegen dieser Ausführungen, die in Schlesien stärksten Widerhall fanden, haben einige Großgrundbesitzer, deren Namen vorerst unbekannt sind, eine Beschwerde an den preussischen Ministerpräsidenten Goering, an den Reichsminister Hitler und an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. Herr Goering, als die vorgelegte Stelle des schlesischen Oberpräsidenten, hat hierauf Herrn Brüdnner telegraphisch erwidert, die „Propagierung solcher bolschewistischer Pläne unverzüglich einzustellen“; ob und wie weit Herr Goering hierbei im Einverständnis mit Hitler oder auf Druck Hindenburgs gehandelt hat, ist unersichtlich. Jedenfalls aber hat Herr Brüdnner die Befolgung des an ihn ergangenen Befehls des preussischen Ministerpräsidenten abgelehnt mit der Erklärung, daß dieser Befehl im unlöslichen Gegensatz stehe zu dem nationalsozialistischen Parteiprogramm, dem er, Brüdnner, genau in demselben Umfange verpflichtet sei, wie der preussische Ministerpräsident und wie der Reichsminister selbst. Im übrigen erwachte Brüdnner um die definitive Entscheidung des Reichsstatthalters für Preußen, das heißt des Reichsministers Hitler, der „allein für die Regelung dieser für den Bestand der nationalsozialistischen Revolution lebenswichtigen Frage kompetent“ sei.

Massenverhaftung von Kindern.

Zum Gedenken des in Palästina ermordeten Zionisten Dr. Arlosoroff veranstalteten die Zionisten in einem Berliner Saal eine große Trauerfeier. Nach Schluß der Veranstaltung lauerten Hitlerfahnen draußen auf die Träger zionistischer Madeln. Als sie keinen Träger eines solchen Abzeichens festnehmen konnten, stürzten sich die uniformierten Wächter des Uniformverbots auf die Kinder, die mit ihren Eltern herauskamen. Die weißen Hemden oder Blusen und schwarzen Schlipse der Jungen und Mädchen wurden als verbotene Uniform mit sofortiger Verhaftung und Wegschleppung von rund zweihundert Kindern geahndet. Die entsetzten Eltern durften ihre Kinder nicht begleiten, sie auch nachher auf dem Polizeipräsidium nicht sprechen. Erst nach einer Nacht in den überfüllten und zum Teil im Keller liegenden Einsperrräumen des Polizeipräsidiums wurden die Kinder wieder freigelassen. An gemeinlichen Beschimpfungen, wenn nicht an noch Argterem, haben sie einstweilen genug erfahren, um den herrschenden Verbrechern dauernd als gefährliche Rivalführer zu erscheinen und dementsprechend weiter beargwöhnt zu werden.

Außerordentliche Arbeitslosenfürsorge bis 31. Juli verlängert.

Durch eine im heutigen „Amisblatt“ veröffentlichte Verlautbarung des Ministeriums für soziale Fürsorge wird die Auszahlung des Staatsbeitrages zur außerordentlichen Arbeitslosenunterstützung nach Artikel III des Gesetzes über den Staatsbeitrag vom 5. Juni 1930 bis zum 31. Juli 1933 verlängert.

Der Senat wurde für Montag, den 10. Juli, um 15 Uhr nachmittags zu einer Plenarsitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Novelle zur Gemeindevahlordnung, die gestern vom Verfassungsausschuß in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt wurde.

Tagesneuigkeiten

Pariser Expres bei Marienbad entgleist.

Durch die Geistesgegenwart des Maschinführers eine Katastrophe verhindert.

Durch die Geistesgegenwart eines Lokomotivführers konnte am Sonntag zwischen Marienbad und Eger eine Eisenbahnkatastrophe verhindert werden. Zwischen den Stationen Sandau und Lindenhau auf der Strecke Marienbad-Eger brach vor dem Einfahrtssignal der Station Sandau die Achse der Lokomotive des Pariser Schnellzuges Nr. 104 in voller Fahrt entzwei.

Als der Lokomotivführer mitten in der Fahrt plötzlich ein Klirren hörte, zog er sofort alle Bremsen an. Das rasche Stehenbleiben der Garnitur wurde dann dadurch noch erleichtert, daß die Bruchstücke der Achse sich in die Pleuelstange und Näder verzwängte. Die Lokomotive entgleiste. Die Reisenden jedoch ahnten beim Stehenbleiben des Zuges nicht einmal, daß sie an einer Katastrophe vorbeigekommen waren.

Dadurch wurde die eingleisige Strecke Marienbad-Eger auf 6 Stunden verlegt. Sofort nach Eintreffen der Nachricht in Eger wurde ein Hilfszug ausgefahren, der die notwendigen Geräte und Arbeitspersonal an die Unfallstelle brachte.

Der Personenverkehr mußte durch Umsteigen aufrechterhalten werden. Der Lastzugverkehr wurde auf die Dauer von etwa 6 Stunden eingestellt. Durch den Unfall mußten die durchgehenden D-Züge ebenfalls umgeleitet werden.

Nach sechsstündiger Arbeit konnte die Achse völlig abmontiert und die Lokomotive nach Sandau abgeschleppt werden. Die amtlichen Erhebungen über die Ursache des Achsenbruchs sind sofort aufgenommen worden.

Die eingleisige Strecke war dann gegen Abend wieder endgültig frei. Sämtliche in Betracht kommenden Bahnhöfe wurden von Eger aus von den notwendigen Umleitungen und Verspätungen telegraphisch benachrichtigt, so daß man nirgends Sorge um seine Angehörigen haben brauchte. Der Luruszug selbst wurde in einer neuen Garnitur weitergeleitet.

Ein zwölftes Todesopfer.

Essen, 4. Juli. Von den Schwerverletzten im Knappschaftskrankenhaus zu Recklinghausen ist heute mittags ein 15jähriger (!) Jungknabe gestorben. Damit hat sich die Zahl der Toten auf 12 erhöht.

Wirbeldturm

über Ruba und Venezuela.

Pinar del Rio (Ruba), 4. Juli. Ueber der Westprovinz Ruba, Pinar del Rio, wütete Montag ein Wirbeldturm von gewaltiger Stärke, der die Tabakpflanzungen vernichtete, und Opfer an Menschenleben forderte. In Port Galope wurden drei Personen, in der Nähe von Rio Seco wurden ein Mann und eine Frau getötet. Der Wirbeldturm kam von der Küste Venezuelas. Dort hatte er Sonntag nachts bereits 17 Menschen getötet und große Schäden angerichtet.

Trigonen gestorben.

Buenos Aires, 4. Juli. Hipolito Trigonen, der ehemalige Staatspräsident und bedeutendste argentinische Politiker seit einer langen Reihe von Jahren, ist nach langem Leiden an Schlaganfall gestorben. Dieser Tod hat der stürmischen Karriere eines Mannes ein Ende gesetzt, der in den bewegten Nachkriegsjahren über die Politik Argentiniens entschieden hat. Früher der mächtigste Mann in Argentinien, zweimal Präsident, ist er in Wirklichkeit als Häufling gestorben. Seit dem 6. September 1930, wo er zugunsten des damaligen Vizepräsidenten mit Rücksicht auf die drohende Revolution auf seinen Posten verzichtete, war er als Häufling behandelt worden.

Aus der Fliegerwelt.

Chicago, 4. Juli. Die meisten Flugstige konnte der amerikanische Pilot Johnny Livingston aus der Stadt Aurora im Staate Illinois einheimen. Am zweiten Tage des all-amerikanischen Flugwettkampfes erreichte er oberhalb des Municipalflugfeldes in Chicago vor 40.000 Zuschauern auf seinem Kleinflugzeug Cessna eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 183,78 Meilen in der Stunde.

Aus Los Angeles wird gemeldet, daß der bekannte Flugakrobat und Cowboy Hoot Gibson, bekannt durch seine waghalsigen Filmdarstellungen, am Montag bloß um ein Haar dem Tode entronnen ist. Während der Konkurrenz im akrobatischen Fliegen mit seinem gefährlichsten Gegner Ken Raymond erreichte er schlecht die Höhe des Apparates und stieß in einer Schleife gegen den Boden. Die Maschine wurde zertrümmert; der Filmschauspieler bloß leicht verletzt.

Aus Hongkong kommt die Nachricht, daß sich dort am Montag der bekannte amerikanische Flieger Kapitän Edward Deeds aus Kansas City im Staate Missouri erschlagen hat, als er eine Flugakrobatik oberhalb der Stadt Kanton auf seinem Jagdflugzeug vollführte.

Nazilehrer schändet Schulkinder.

Bei einer Bewegung, die wie die der Nazi sich in beträchtlicher Zahl aus Dieben, Mördern, Betrügern und Zuhältern zusammensetzt, dürfen die Kinderschänder nicht fehlen. So berichtet die „Arbeiterzeitung“ vom 29. Juni folgendes:

In St. Jakob bei Murnitz war der 26jährige Albert Aldrian als Volksschullehrer angestellt. Er tat sich als Naziagitor ganz besonders hervor und nebenbei schändete er seit zwei Jahren auf die gemeinste Weise elf- und zwölfjährige Mädchen seiner Klasse. Er hatte sich nun vor einem Leobener Schöffengericht wegen Verbrechen der Notzucht, der Schändung, der Verführung zur Unzucht und wegen Uebertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verantworten. Die Verbrechen, die dieser Kerl an den ihm anvertrauten Kindern beging, sind derart unerhört und haarsträubend, daß man sie, obwohl sie teilweise in der öffentlichen Urteilsbegündung angeführt wurden, gar nicht wiedergeben kann.

Der nationalsozialistische Kinderschänder wurde zu einem Jahre schweren Gefängnis, verschärft durch einen Rafttag und ein hartes Lager monatlich verurteilt.

21.000 Schilling geraubt.

Grecher Ueberfall auf ein Wiener Postamt.

Wien, 4. Juli. Heute abends erschien ein Burche in Uniform eines Postbeamten in einem Postamt in Döbling und erklärte, er komme im Auftrage der Postdirektion, damit sich einer der Beamten zugleich in die Direktion gebe. Kaum hatte sich dieser Beamte entfernt, erschienen zwei weitere Burchen, die mit vorgehaltenen Revolvern die Beamten aufforderten, sich an die Wand zu stellen. Hierauf plünderten sie die Kasse aus, in der sich 21.000 Schilling befanden und ergriffen in einem Auto die Flucht.

Bombenabwurf fällig. Man darf sich von den Nazipropagandisten nicht überraschen lassen; nachdem der Reichstagsbrand geschickt den Vorwand zur heiteren Konzentrationslager nicht mehr die populäre Attraktion der glücklichen März- und Apriltage des Dritten Reichs bieten, nachdem die Weltmeinung ganz entschieden von all dem abgerückt ist und man sich mit den wahren Hintergründen der Militärspiele des Arbeitsdienstes zu beschäftigen begonnen hat, war es notwendig, die Wehrlosigkeit des Dritten Reichs der Welt darzulegen. Und just in diesem selben Moment gelang es der „Roten Fliegerpest“ unerkannt über Berlin zu erscheinen, die Bistitenkarte (wie von der Lütte) abzuwerfen und sich als Kommunistenschreck zu deklarieren. Denn andre Sorgen konnte doch der böse Feind nicht haben; Wahrheit über alles im Dritten Reich, warum nicht auch über Berlin! Dann sind die fliegenden Besucher des Dritten Reichs wieder unerkannt verschwunden und trotzdem sie in der respektablen Höhe von dreitausend Metern gekreuzt haben sollen, hat man scharfsichtig erkannt, daß sie Maschinen ganz unbekanntem Typs darstellen. Mehr nicht; als moderne Lohengrins sind sie gekommen und sang- und klanglos abgefahren: in einer Zeit, da die Firma Götz in Görlitz (allerdings vornehmlich für die Russen) Abhorchapparate herstellt, die auf hundert Meter genau die Lage jedes Fliegers ganz automatisch registrieren, auch wenn er gar nicht zu sehen ist, hat Goerings Sicherheitspolizei nicht einmal festgestellt können, wohin das „feindliche Geschwader“ abgeflogen ist. Darum wurden auch sofort Jagdflieger bestellt und in Arbeit gegeben. Und jetzt wissen wir, worum es bei diesem „Angriff“ gegangen ist; und wenn die Welt noch immer nicht genügend für Deutschlands Ausrüstung sein sollte, so werden eben die unbekannteren Flieger wohl Bombenabwerfer in Tätigkeit setzen müssen. Da bis heute die abgeworfenen „Flugzettel“ nicht veröffentlicht wurden, wird es ja für diesen Fall genügen, wenn die Bombenabwürfe von den Reichbüros und den Zeitungen registriert werden. Wir erlauben uns daher die bescheidene Prophezeiung für den Fall, als man dem „wehrlosen“ Dritten Reich die erschnite Fliegerei mit Waffen nicht offiziell zusprechen sollte...

Keine wesentliche Wetterverbesserung. Seit der Montag-Nacht macht sich in Mitteleuropa der Ausläufer einer tiefen Depression geltend, deren Zentrum über dem Polarmeer liegt. Infolgedessen hat sich in unieren Gegenden der Nordwestwind verstärkt und das Wetter hat sich nach kurzer Besserung neuerdings verschlechtert. Auf den Bergen Nordhöhenmenschen und am Nordoststrand der Slowakei ergaben die Regensfälle zwei bis drei Millimeter Wasser; sonst traten bisher vereinzelt unwesentliche Niederschläge auf. Für Mitteleuropa ist eine wesentliche Wetterverbesserung noch nicht zu erwarten. Wahrscheinliches Wetter heute: Wechselnd bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge oder trocken,mäßig warm, abflauernd Nordwestwind.

Presse-Statistik für die Jahre 1929-31. Die statistische Uebersicht über die periodischen Druckschriften politischen Inhaltes in den Jahren 1929-31, wie sie eben vom Statistischen Staatsamt herausgegeben wurde (Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes, 14. Jahrgang, Nr. 79; tschechische Ausgabe, die deutsche folgt demnächst) gibt eine sehr interessante Bilanz. Im Jahre 1926 gab es bei uns insgesamt 871 politische Zeitschriften, im Jahre 1927 stieg ihre Zahl auf 885, im Jahre 1928 auf 914, im Jahre 1929 ergab sich ein vorübergehender Rückgang auf 899, im Jahre 1930 hob sich ihre Zahl aber auf 959 und im Jahre 1931 ergab sich ein neues Sinken auf 947. Von den einzelnen tschechischen Parteien weist die größte Zahl politischer Zeitschriften die Nationaldemokratie aus, hierauf die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei, dann die tschechoslowakische nationalsozialistische Partei. Von den deutschen Parteien steht an Zahl der Zeitschriften an erster Stelle die Deutsche Nationalpartei, dann die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (24, 22, 23), der Bund der Landwirte (24, 23, 23), die Deutsche Christlichsozialistische Volkspartei (22, 23, 23) usw. Die kommunistische Presse war in den angeführten drei Jahren mit 88, 116, 111 Zeitschriften vertreten davon 55, 75, 72 tschechisch, 24, 30, 27 deutsch. Die Zahl der unabhängigen politischen Zeitschriften ist zwar in der Minderheit, doch können wir bei ihr eine deutlich steigende Tendenz feststellen. Während es im Jahre 1929 bei uns 175 unabhängige politische Zeitschriften gab, betrug ihre Zahl im Jahre 1930 bereits 199, i. J. 1931 sogar 222.

Der Fall der Frau Dr. Klaffer, die im November des Vorjahres in Pardubitz ihren durch eine Explosion schwer verstümmelten Reffen erschoss, ist nunmehr durch ein Gutachten der Gerichtsarztzimmern, das Sinnesverwirrung im Augenblick der Tat bei Frau Dr. Klaffer und auch bei der Mutter des Erschossenen bestätigte, endgültig zum Abschluss gelangt. Das Justizministerium hatte den seinerzeitigen Befund der Pardubitzer Gerichtsarzte überprüfen lassen, um festzustellen, ob nicht die Bedingungen für die Wiederaufnahme des vom Pardubitzer Gericht eingestellten Strafverfahrens gegeben seien. Durch das Gutachten der Gerichtsarztzimmern ist der Fall nun endgültig beigelegt.

Balbo verschiebt. Da die Bitterungsverhältnisse auch weiterhin ungünstig bleiben, hat General Balbo beschlossen, den Start des Geschwaders von Londonderry auf heute zu verschieben.

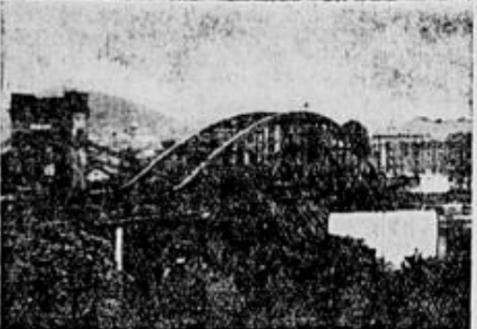
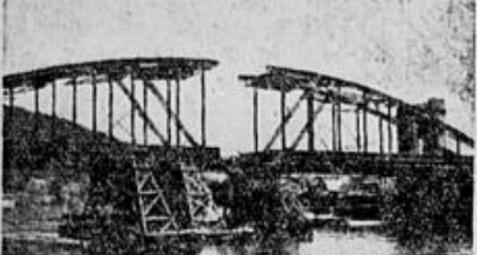
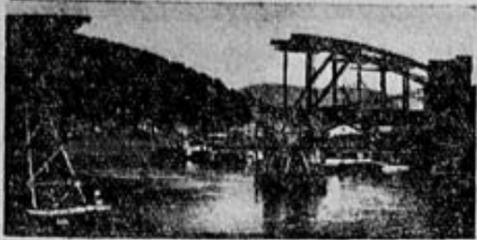
Sowjetrussische Eisenbahn-Reformen. In Moskau wurde eine Verordnung des Rates der Volkskommissare über Mängel im Eisenbahntransport und darüber, wie diesen Mängeln abzuhelfen sei, veröffentlicht. Durch die Verordnung wird die Verantwortung der einzelnen Funktionäre erhöht, eine Reihe von Stellen in den Zentralstellen werden aufgehoben und die freierwerbenden Ingenieure, Techniker und Wirtschaftler werden in die Stationen der Fernverkehrswege versetzt, durch Sonderkommissionen werden die Fähigkeiten der Angestellten überprüft, den unmittelbar bei den Eisenbahnlinien beschäftigten Arbeitern, Ingenieuren und Technikern wird eine höhere Bezahlung gefordert. Ferner wird ein Prämiensystem ausgebaut, ein politisches Departement im Eisenbahnverkehrsweisen errichtet und eine strengere Arbeitsdisziplin eingeführt werden.

Im Grazer Sterilisationsprozess wurde gestern das Urteil verkündet. Sämtliche 21 Angeklagten, darunter auch Bartoschek und Großmann (Peter Romus) wurden freigesprochen.

Unverantwortlicher Leichtsin hat, wie aus Bremen gemeldet wird, zu einem schweren Segelbootsunglück geführt, dem wahrscheinlich fünf Kinder und ein Erwachsener zum Opfer gefallen sind. Trotz schwerer Nordweststürmes wagten sich am Dienstag nachmittags sechs Erwachsene mit fünf kleinen Kindern in einem Segelboot auf die offene Bester. Kurz nach Verlassen der Gesteinmündung kenterte das Boot. Durch den Schlepper „Eisfließ“ wurden drei Erwachsene gerettet. Ein anderes Boot nahm zwei Erwachsene auf. Vermutlich sind der sechste Erwachsene und sämtliche fünf Kinder ertrunken. Zwei Kinderleichen sind bereits geborgen worden.

Ein betrügerischer Perlmann. Die Grazer Polizeikorrespondenz verlautbart: „Israel Perlmann, Brillanten- und Juwelenkommissionär, am 29. Oktober 1896 in Arosau geboren, nach Polen zuständig, wohnhaft zuletzt in Prag I., „Bei den Barmherzigen“ 4, steht unter begründeten Verdacht, vor etwa zehn Tagen die tschechoslowakische Verlassen zu haben, nachdem er vorher in verschiedenen Grazer Verkaufsläden Brillanten und Juwelen im Gesamtwert von 500.000 Kr veräußert hat, die ihm von diversen Grazer Firmen in Kommission gegeben worden waren. Es besteht der Verdacht, daß er nach Antwerpen gereist ist, wo seine Schwiegereltern leben. Er ist etwa 170 Zentimeter groß, starker Figur, jüdischen Aussehens, hat braune, lockige Haare, ein gelbes Gesicht, gelbe Zähne und an face eine ein wenig eingedrückte Nase. Seine Gattin, die auffallend kleiner Figur ist und erst vor drei Tagen Prag verlassen hat, ist wahrscheinlich nach Belgrad gefahren.“

Ziehung der Klassenlotterie. Die Verlosung der Gewinne der II. Klasse wird am 12. Juli 1933 um 8 Uhr früh im Ziehungslokal der Direktion der Staatslotterien Prag I., Kosi ul. 4, beginnen und wird am 13. Juli 1933 um 8 Uhr früh fortgesetzt werden. Verlost werden im ganzen 2625 Gewinne im Gesamtbetrage von 1.461.960 Kr, welche ohne Abzug ausgezahlt werden. Die amtliche Verlosungsliste wird am 12. Juli 1933 erscheinen.



Die Brücke zwischen Lettschen und Bodenbach

Die alte Kettenbrücke entspricht bereits lange nicht mehr den heutigen Verkehrsansforderungen und so entschlossen sich die Behörden, sie durch eine neue Stahlbrücke zu ersetzen.

Richter und Henker.

Der „innere Feind“ — vogelfrei. „Wir sind legal bis zur letzten Zeiterprossie — aber gehenkt wird doch!“ Goebbels 1932.

Die in Berlin erscheinende „Deutsche Juristenzeitung“, die als eine der angesehensten Fachzeitschriften gilt, brachte einen Artikel des Landgerichtspräsidenten Dr. Dietrich-Hechingen, in dem unter Bezugung auf Kundgebungen Hitlers, des Justizministers Krell und des Oberpräsidenten Kube dargelegt wird, daß der nationale Zweck gewisse Taten, die sich äußerlich als strafbare Handlungen darstellen, rechtfertigt: „Der nationale Zweck kann eine ganze Reihe von Handlungen bestimmen. Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen, Tötungen sind als Kampfhandlungen die nächstliegenden, die hierher zu rechnen sind.“

Hier wird also offen ausgesprochen, daß die Nazi die brutale Gewalt und den Terror als ihre nächstliegenden Kampfmittel betrachten. Es kommt ihnen jetzt darauf an, dies auch gesetzlich zu verankern.

Das geschieht folgendermaßen: „Noch nie hat jemand daran gedacht, daß der Soldat im Feld, der Körperverletzungen, Tötungen, Sachbeschädigungen und sonstige äußerlich strafbare Handlungen scheinende Heldentaten innerhalb des Kriegszustandes vollführt, strafbar sei. Was für den äußeren Feind gilt, muß auch auf den inneren Feind angewandt werden.“ Und da die Nazi sich auf den permanenten „Kriegszustand“ gegen alle Antifaschisten einrichten, „so kann der Richter, der den Mut hat zur freien Gesetzesauslegung schon jetzt den rechten Weg in der wichtigen Frage finden. Er wendet dabei auch auf altgermanischen Pfaden. Der innere Feind verfiel bei unseren Ahnvorvateren der Acht und wurde ehrlös, rechtlos und friedlos, vogelfrei; jeder Volksgenosse konnte ihn offen erschlagen, sofern er sich nicht auf geweihte Stätte befand.“

Der Herr Landgerichtspräsident, ein würdiger Vertreter der neudeutschen Justiz, ist um die „ängstlichen Gemüter“ der Herren Mörder besorgt. Darum fordert er, damit die restlose Ausrottung des inneren Feinds flott und hemmungslos vor sich gehen könne, die Strafrichter zu einer großzügigeren Auslegung der Strafgesetze auf, als wie sie bisher schon geübt wurde. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Strafrechts wird die Sache wohl sehr einfach zu regeln sein, indem man ein für alle Mal proklamiert: „Nicht der Mörder — der Ermordete ist schuldig.“

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag: Prag: 7.00 Frühkonzert. 18.00 Deutsche Sendung: Dirigenten des Prager Deutschen Theaters als Liederkomponisten. 21.00 Militärkapelle. 22.15 Orchesterkonzert. — Brünn: 17.00 Sauter Nachmittags. — Frankfurt: 20.00 Variete. — Breslau: 16.00 Wiederholung. 17.25 Kleine Flötensinfonie. — Leipzig: 12.50 Volksmusik. — Berlin: 20.30 Volksoffizien. — Langenberg: 15.00 Kinderstunde. — Wien: 11.30 Bauernmusik. 17.00 Frauenverufe im alten Wien. 19.00 Unterhaltungskonzert. 23.25 Abendkonzert.

Worin der „Tag“ nicht gleichgehaltet ist.

Wir haben kürzlich einige Sätze aus der blutigen Philippika angeführt, mit der der nationalsozialistische „Dornröcher Generalanzeiger“ den besessenen Hofnarren der residierenden faschistischen Clique, Herrn Hanns Heinz Ewers, in den Sumpf des Schmutzliteratums stößt.

Der ehemalige Clown der pervertierten Salons einer defizienten Bourgeoisie, der heute als wackerer Geschäftsmann in „Ausbruch der Nation“ und „heroischer“ Vestalität macht, wird in dieser vernichtenden Abrechnung ein pervertierter Schundromancier genannt, der „in den letzten zwanzig Jahren mehr zur Vergiftung des Volkes beigetragen hat, als irgendein jüdischer Literat“. Weiterhin wird Ewers als der „schlimmste deutsche Schund- und Schmutzliterat“ charakterisiert, den es je gegeben habe.

Man traut seinen Augen nicht, wenn man nach derart gründlicher Information über diese wurmstichige Edelfrucht der gleichgeschalteten Literatur im braunen „Tag“ des Nazijunges die folgende Hymne über Ewers Horst Wessel-Buch liest:

... Das Schicksal dieses jungen Kämpfers gestaltet in ergreifender Wucht Hanns Heinz Ewers in seinem Buch. Hier ist nicht ein Stoff aus dem Leben dichterisch zu einem Roman verarbeitet worden, sondern ein Leben, das wie ein Roman anmutet, wahrheitsgetreu geschildert worden, und dafür müssen wir H. H. Ewers dankbar sein ...

Das edle Hakenkreuzblatt macht also für den fischigen Blutauswurf-Schmarren desselben Herrn Reklame, den seine eigenen Pg.'s einen Mann nennen, der „in den letzten zwanzig Jahren mehr zur Vergiftung des Volkes beigetragen hat als irgend ein jüdischer Literat“ ...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ueber 27 Millionen Kz

an nachträglichen Versicherungsbeiträgen haben die Krankenkassen im Jahre 1931 vorgefunden. Die im Juniheft der „Mitteilungen der Zentralsozialversicherungsanstalt“ veröffentlichte Statistik der Lohnrevisionen zeigt, daß dieses Tätigkeitsgebiet noch immer eine wichtige Einnahmequelle der Rassen darstellt. Die Fälle, in welchen gewissenlose Unternehmer versuchen, auf Kosten der Sozialversicherung und damit zum Schaden der Arbeiter zu sparen, sind bekanntermaßen zahlreich genug; weit häufiger aber ereignet es sich, daß den oftmals recht komplizierten Vorschriften nicht die notwendige Beachtung geschenkt wird, so daß es bei der Durchführung der Revisionen zur Feststellung mehr oder minder schwerer Mängel und damit zur Vorforderung von Nachtragsbeiträgen kommt. Im Vergleich mit den entsprechenden Daten für das Vorjahr zeigt die Statistik für das Jahr 1931 deutlich den Einfluß der Wirtschaftskrise. Obwohl die Zahl der Revisionen in der richtigen Erkenntnis ihrer Wichtigkeit um fast 2000 gesteigert wurde, ging doch das Gesamtergebnis gegenüber dem Jahre 1930 um mehr als 2,5 Millionen Kronen zurück. Nicht alle Wirtschaftszweige wurden davon gleichmäßig betroffen; die sprunghafte Steigerung der Resultate bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen, welche allerdings den Ausfall bei den anderen Rassenkategorien nicht wettzumachen vermochte, zeugt davon, daß auch in den agrarischen Kreisen bei näherem Zusehen manches nicht in Ordnung befunden wird. Von allgemeinem Interesse ist das Steigen der Zahl der Arbeitgeber um mehr als 12.000; es zeigt, daß im Gefolge des Schrumpfungsprozesses der Wirtschaft der rückständige Kleinbetrieb die Großunternehmung wieder zu verdrängen sucht. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß es bei 92 Prozent aller Revisionen zur Vorforderung von Nachtragsbeiträgen kam (gegen 86 Prozent im Jahre 1930). Jede Revision macht der Rasse Kosten, doch ist das Risiko, wie man sieht, nicht groß; am durchschnittlichen Ergebnis von über 2100 Kronen gemessen sind die Verwaltungskosten unbedeutend. Wenn auch in den nächsten Jahren die nachträglichen Vorforderungen infolge der Krise weiter sinken werden, so wird es doch noch lange dauern, bis die Lohnrevisionen für die Krankenkassen zu einer unproduktiven Tätigkeit werden.

Aus der Partei

Ausweis für den Monat Juni.

(Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingekammerte Wahlfonds.)

Bodenbach Ks 5500.— (1200.—), Brunn Ks 1600.— (400.—), Karlsbad Ks 4000.— (1000.—), Landstron Ks 480.— (120.—), Pilsen-Budweis Ks 1015.— (245.—), Prag Ks 280.— (70.—), Preßburg Ks 135.— (25.—), Sternberg Ks 1340.— (300.—), Teplic-Saaz Ks 3530.— (880.—), Trautenaus Ks 1200.— (300.—), Troppau Ks 1960.— (490.—).

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Spekulationen auf die Vertrauenseligkeit.

Der Kohlenbaron aus Leitmeritz.

Prag, 4. Juli. Der 60jährige ehemalige Gastwirt Wenzel Petráček bezieht eine Monatsrente von 800 Ks und verdient noch eine Kleinigkeit durch die Zucht von Kanarienvögeln. Er ist also kaum ein Kapitalist zu nennen, gedachte aber aus der menschlichen Dummheit und Vertrauenseligkeit Kapital zu schlagen. Er bewog die alternde Witwe Anna Stark mit ihrer Tochter zu ihm zu ziehen und ihre Ersparnisse — insgesamt 50.000 Ks — in seinem zu gründenden „Kohlen- und Holzgeschäft“ anzulegen. In Wahrheit dachte er freilich gar nicht an eine solche Gründung.

Um mehr Eindruck zu machen, legte er der Frau, der er nebenbei auch die Ehe versprochen, allerlei Pläne und Skizzen vor, gab sich als mehrfachen Hausbesitzer, Restaurateur und Eigentümer von Kohlenfeldern „bei Leitmeritz“ (!) aus und jonglierte nur so mit Millionen. U. a. erklärte er, wertvolle Gobelins zu besitzen, losbare Bilder und gar die Möbel des tschechischen Nationalhelden Svatopluk, was zusammen allein acht Millionen Wert habe. Die eingeschossenen 50.000 Ks schienen ihm lächerlich wenig und er ließ es an weiteren Anzapfungsversuchen nicht fehlen, bis die Sache klappte. Das Geld ist natürlich längst beim Teufel und was der heute wegen Betruges angeklagte Ehrenmann sonst an Kapital besaß, hatte er vorsichtigerweise gleich zu Beginn dieser Aktion auf seinen unehelichen Sohn überschreiben lassen. Er spielte natürlich vor Gericht den „einen ehrlichen Seemann“, aber das half ihm wenig. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu sechs Monaten schweren und verschärften Kerkers, und zwar unbedingt. rb.

Der Schlafraum der Hausgehilfin als Abort.

Um die Vaterhaft eines 15jährigen „jungen Herrn“.

Prag, 4. Juli. Ein merkwürdiger Vaterhaftschaftsprozeß fand heute im Strafgerichtliches Nachspiel vor dem Senat Mareček. Das 15jährige Dienstmädchen Amalie Chvojska, die im Jahre 1930 ein Kind zur Welt gebracht hatte, hatte ihren einzigen den 15jährigen Sohn Eduard ihres Dienstgebers, des Zmischover Gastwirts Landa, als Kindesvater bezeichnet. Sie verlor diesen Prozeß, denn der Gastwirt brachte eine ganze Reihe von Zeugen und Zeuginnen auf (und zwar aus seinem Personal), die bestätigten, daß die Kindesmutter ihnen gegenüber erklärt habe, das Kind stamme von ihrem Geliebten Franz Bzedečka. Die Vaterhaftsklage wurde abgewiesen und Amalie Chvojska, wie auch ihr Geliebter Franz Bzedečka des Meineides vor Gericht angeklagt, weil beide beschworen hatten, mit einander keinen intimen Verkehr unterhalten zu haben.

Wie immer sich das auch verhalten mag, so verdienen doch die Aussagen der Angeklagten Beachtung vom sozialen Standpunkt, denn sie weisen auf Zustände hin, die leider nicht zu den Ausnahmen gehören. Die Angeklagte erklärte, in der Küche geschlafen zu haben. Der „junge Herr“ habe aus Bequemlichkeitsgründen nachts seine Notdurft in den Ausguß der Wasserleitung verrichtet, der sich in dieser Küche befand, wogegen sie nichts einzuwenden wogte. (Der Kenner unserer sozialen Verhältnisse weiß, daß solche und ähnliche Vorkommnisse nicht so selten sind, als man denken sollte.) Dabei habe er sie mehrfach trotz ihrem Sträuben zum Geschlechtsverkehr veranlaßt und sie auch geschwängert. Sie gab auch zu, ihren Geliebten Bzedečka dem anderen Personal gegenüber als den Vater des Kindes hingestellt zu haben, aber nur deshalb, weil der 15jährige „junge Herr“ so inständig darum bat, da er vor dem Born seines Vaters Angst hatte. Auch habe er ihr später 50.000 Ks versprochen, wenn sie seinen Mund halte. Als das Kind zur Welt kam, wollte sie sicher gehen und gab den richtigen Vater an.

Die zahlreichen Zeugen sagten sehr vorsichtig aus — sind es doch größtenteils Angestellte des Gastwirts. Das Gericht überprüfte sorgfältig alle Umstände, insbesondere auch den vermutlichen Zeitpunkt der Schwängerung. Das Resultat dieser Erwägungen war den Angeklagten günstig. Beide wurden freigesprochen. Hoffentlich wird der „junge Herr“ in Zukunft dazu angehalten, den Schlafraum einer Hausangestellten nicht mit dem Abtritt zu verwechseln. rb.

Verrat militärischer Geheimnisse.

Vier Jahre schweren Kerkers.

Prag, 3. Juli. Vor dem Senat Fraba war heute der 39jährige Vertragsbeamte einer Militärwerkstätte Johann Dostálek wegen Diebstahls militärischer Güter und Verrates militärischer Geheimnisse an eine auswärtige Macht angeklagt. Die Verhandlung war geheim. Wie aus der öffentlichen Urteilsverkündung hervorgeht, wurde dem Angeklagten zur Haft gelegt, Radioapparate neuester Kon-

struktion, die für den Feldgebrauch bestimmt sind, aus einzelnen entwendeten Bestandteilen zusammengefügt und einem sowjetrussischen Emigranten, den der Angeklagte nur unter dem Namen Grifka kennen will, übergeben zu haben. Dostálek erklärte, er habe keineswegs Geheimnisse verraten, sondern dem genannten Emigranten nur einen Beweis seiner sachmännlichen Geschicklichkeit erbringen wollen, weil dieser ihm eine Anstellung in der Sowjetrepublik versprochen, zugleich aber betont habe, daß er sich über keine praktischen Fähigkeiten ausweisen müsse, wenn er einen besseren Posten bekommen wolle. Der Angeklagte wurde schuldig erkannt und zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt. rb.

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Europameisterschaft der Arbeiterfußballer. Die Spiele in der nordeuropäischen Zone der Europameisterschaft der Arbeiterfußballer haben mit dem in Helsinki ausgetragenen Länderkampf Lettland-Finnland ihren Anfang genommen. Ueberwiegend blieb Lettland mit 3:0 (1:0) Sieger. Die Finnen waren wohl leicht überlegen, doch hatten die Letten mehr Glück. Die Letten gewannen nach dem Länderkampf auch ein Städte-Spiel, das in Tampere stattfand, mit 3:2. — Das nächste Europameisterschaftsspiel trägt Finnland gegen Estland aus. Karwegen, dem voraussichtlich der Sonntag zufallen wird, führt sein erstes Europameisterschaftsspiel gegen Dänemark in Kopenhagen durch.

Wiener Arbeiterfußball. Die Entscheidung um den zweiten Absteigskandidaten der Liga wird erst am kommenden Sonntag fallen. Diesen Sonntag gewann Zentralverein gegen Rudolfsbühl mit 2:1 (1:0) und muß noch das ausstehende Spiel mit Neuhof gewinnen, um vom Abstieg verschont zu bleiben. — In der Meisterschaft der ersten Klasse schlug Hochstadt mit 3:2 (1:1) die Donaufelder. — Freundschaftsspiele: Nord-Wien gegen Union 14 2:0 (1:0), Amateurliga gegen Neuhof 3:3 (2:1), Columbia 21 gegen Red Star 6:3 (4:1), Sollenau gegen Phönix Schwchat 5:1 (2:1), Austria 21 gegen Bewegung Steyr 6:2 (4:0), Österreich-Inzersdorf gegen Weidlinger Bewegungsspieler 7:0 (3:0), Westbahn-Bühnhaus geg. Hellas Kagran 4:1 (3:1).

Der neue Kraftsportverband der österreichischen Arbeiter-Sportler. Wie bekannt, ist der Verband der Arbeiterkraftsportvereine Österreichs, der bald vor einigen Wochen vom Bundeskanzleramt aufgelöst worden. Für die Arbeiterathleten, die an ein geordnetes Sportvergehen gewöhnt sind, war das wohl ein unliebsames Ereignis, das sie jedoch in keiner Weise entmutigte. An die Stelle der durch die Verbandsauflösung ihrer Tätigkeit entrisenen Funktionäre traten sofort andre. Es wurden neue Satzungen aufgestellt und bei der Vereinsbehörde eingereicht. Sie sind in Wien bereits genehmigt. Die Wiener Arbeiterkraftsportler sind wieder im Landesverband Wien der Arbeiterathletenvereine vereint, der seine Tätigkeit schon aufgenommen hat. Dem neuen Verband sind alle Vereine, die ehemals dem Kreis Wien des Bafö angehörten, beigetreten. Der Sitz des Landesverbandes, der auch dem Bafö angehört, ist im Hofgebäude, Währinger Gürtel Nr. 40.

Wenn der Bundeskanzler mit dem Auto fährt — dann dürfen Arbeiterkorporisten keine Notizen abhaken! Sonntag hätte nämlich auf der Strecke Hornstein-Eisenstadt und zurück ein Rennen des Arbeitskreises Burgenland stattfinden sollen. Das Rennen wurde aber kurz vor dem Start mit der „Begründung“ verboten — daß der Bundeskanzler Dolfsch nach Eisenstadt kommen soll! Wahrscheinlich wurde die Durchführung dieser Veranstaltung aber wegen einer christlich-sozialen Parteiveranstaltung in Eisenstadt unterjagt.

Arbeiterportier in St. Pölten. Das am Sonntag stattgefundenen Sportfest der St. Pöltener Arbeiterturner hatte ausgezeichnete Wirkung und stellte auch in sportlicher Hinsicht zufrieden. Im Rahmen der Veranstaltung wurden auch die leichtathletischen Bezirksmeisterschaften ausgetragen. Die wichtigsten Ergebnisse sind: 100 Meter: L. Bauer

(Wien-Diakring) 12 Sek.; 1500 Meter: Kaufmann (St. Pölten) 4:40.6 Min.; Hochsprung: Rothbauer (Ober-Grafendorf) 1.65 Meter; Weisprung: Tiffinger (St. Pölten) 5.92 Meter; Speer: Rothbauer 52.35 Meter; Diskus: Reiner (St. Pölten) 32.26 Meter; Angel: Tiffinger 12.59 Meter; 4x100 Meter: St. Pölten 48.2 Sek.; Fünfkampf: Reiner 350.12 Punkte; Rund um die Innere Stadt (2230 Meter): A.B. St. Pölten 4:46 Min. — Sportlerinnen: 4x100 Meter: St. Pölten 58.8 Sek.; Dreikampf: Benz (St. Pölten) 243.73 Punkte. — Handball: Ostföhring-Wien gegen St. Pölten 12:9 (5:4).

Wiener Arbeiterhandball. Am Kreisvortandenspiel der Turnerhandballer zwischen dem Wiener Meister Stadlau und Graz, dem Meister von Steiermark und Kärnten, siegte Stadlau mit 13:4 (4:3). Das Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft der Turnerhandballerinnen von Bernals und Eggensberg endete erst nach Verlängerung mit dem 2:1-Zieler der Bernalerinnen.

Mürgerlicher Sport.

Der Deutsche Fußballbund verschwindet. Der Deutsche Fußballbund wird am 9. Juli in seiner bisherigen Form zu bestehen aufgehört haben. Auf dem Bundestag werden die neuen Satzungen bestätigt werden, nach denen der vom Reichssportkommissar Schammer-Olsen eingeleitete Nazi-Fußballführer Vinnemann zu arbeiten gedenkt.

Den Leichtathletik-Länderkampf Finnland-Norwegen, der in Oslo zum Austrag gelangte wurde von den Finnen überlegen mit 108:65 Punkten gewonnen. R. Nordinen warf den Speer wiederum über 75.65 Meter.

Mitteilungen der „Urania“

Urania-Urania-Kino.

Heute, halb 11 Uhr: „Fat und Patachon als Kunstschützen“, Tonfilm. Nur zwei Preise: 2 und 3 Kr.

Heute, 4, 6, 8, 10 Uhr: „Der blaue Engel“, Sammlung, Mariene Dietrich. Karten 2—4 Kr.

Donnerstag (Feiertag), 11, 4, 6, 8, 10 Uhr: Hoftheaterauffstellung: „Die Fledermaus“, Tonfilm-Operette. Kuni Ondra, Petrovic, Alexander. Die letzte Vorstellung wird photographiert.

Bedeutung von Privat-Telefonanlagen für Büros und Betriebe.

In der heutigen Zeit wird der Verbindung zwischen den einzelnen Kanzleien bzw. Betriebsstellen eines Unternehmens ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet, da hiedurch die Abwicklung des Verkehrs zwischen den einzelnen Dienststellen außerordentlich erleichtert und beschleunigt wird und dadurch gleichzeitig die Durchführung der ganzen Arbeit sehr erleichtert wird.

Aus diesem Grunde werden heutzutage auch in allen modern geführten Unternehmungen Privat-Telefonanlagen installiert, welche ohne jede Bedienung und Vermittlung arbeiten.

Diese Anlagen sind entweder Hausanlagen, welche lediglich dem internen Verkehr dienen, oder es sind sogenannte kombinierte Anlagen für Post- und Hausverkehr, bei welchen den einzelnen Stellen gleichzeitig die Möglichkeit gegeben ist, ohne Umschaltung und Bedienung das Postamt zu erreichen. Insbesondere die letzteren Apparaturen erfreuen sich steigender Beliebtheit und werden infolge ihrer Zweckmäßigkeit in immer größerer Zahl eingeführt.

Wenn eine Stelle spricht, so erkennen dies alle anderen Stationen an einem optischen oder akustischen Bezeichner. Bei allen diesen Stellen ist es ferner möglich, Rückfragen während eines Staatsgesprächs bei anderen internen Stationen zu halten, ohne daß der auswärtige Teilnehmer dieses Gesprächs mithört und ohne daß die Anstellung getrennt wird.

Auf Wunsch werden an einzelnen Stellen, insbesondere bei den Chefstationen Mithöreinerichtungen eingebaut, welche eine Kontrolle des gesamten Betriebes von einem Punkt aus gestattet.

Im allgemeinen zeigt die moderne Schwachstromtechnik das Bestreben, Apparaturen herauszubringen, bei denen jede Bedienung und Vermittlung vollständig entfällt und welche jeder einzelnen Station volle Möglichkeit der Verbindung mit den Hausstellen und auch mit der Post gibt.

Mein geliebter Mann, unser guter Bruder, Onkel und Schwager, Herr
Rudolf Pollak
Prokurist des „Gec-Verbandes“

hat uns für immer verlassen.
Die Feuerbestattung findet am 7. d. M., um 11 1/2 Uhr, im neuen Krematorium in Strasnitz statt.

Camilla Pollak als Gattin,
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen!
Anstatt Kranzpenden bitte ich der Flüchtlingsfürsorge zu gedenken,
(Bezirksverein „Arbeiterfürsorge“) Postparkassenkonto 95839.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Gitzsch, Prag. — Druck: „Rosa“ K.G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Doležal, Prag. — Die Zeitung erscheint wöchentlich am Mittwoch, 12.000/11.1900 Exemplare. — Bezugsbedingungen: Bei Bestellung im Voraus oder bei Bezug durch die Post monatlich Ks 16.—, dreimonatlich Ks 48.—, halbjährlich Ks 96.—, jährlich Ks 192.—. — Abbestellen werden kann jederzeit schriftlich. Bei Abbruch des Abbestellens wird die Abbestellungsgebühr nicht erstattet.

Zur Internationalen Genossenschaftswoche Werbefür die Konsumgenossenschaften!

FRANZ KULIŠ

Dampfmühle, **Netolitz**

2078

Diese Anlagen werden, einem allgemeinen Wunsch folgend, meistens nicht verkauft, sondern mietweise gegen Zahlung eines mäßigen Abonnementbetrages eingerichtet. Gleichzeitig ist auch in diesem Betrage die gesamte Instandhaltung und Materialersatz enthalten, so daß dem Benutzer der Anlage keine Kosten entstehen und er immer sicher ist, eine tadellose und einwandfreie Anlage zu besitzen.

Es ist eine Reihe von Typen auf den Markt gebracht worden, welche sich in jeder Größe jedem besonderen Zweck anpassen, so daß die Einrichtung dieser Anlagen nicht nur bei großen Betrieben, sondern insbesondere auch bei kleineren Unternehmen sich als außerordentlich zweckmäßig erweist.

Die Privat-Telephon-Gesellschaft, Ges. m. b. H., Prag, Dlouhá 17. 49, welche ein weitverzweigtes Netz von Filialen im ganzen Lande bestehen hat, beschäftigt sich schon seit 30 Jahren ausschließlich mit der Errichtung und Erhaltung dieser Anlagen, so daß durch die in allen größeren Städten errichteten Büros allen Kunden die Möglichkeit

gegeben ist, jederzeit ohne Schwierigkeit einen erstklassigen Fachmann zu erreichen, welcher kostenlos entsendet wird.

Projekte und Anfragen werden jederzeit auf das sorgfältigste und ohne jede Verbindlichkeit ausgearbeitet.

2080

Drahtgeflechte



S. SEMLER-R. HIRSCH

PILSEN CVOKARSKÁ 1

Chopa

FABRIK CHEMISCHER PAPIERE
GESELLSCHAFT M.B.H.

PRAG-SMICHOV

erzeugt und liefert:

„Chopaleum“, den bekannten, beliebten und bestens bewährten Wand- und Fußbodenbelag mit Hanfeinlage, Kč 2,- per 1 m²

Wachs- und Paraffinpapiere für Lebensmittelpackung, für Schokolade und Kanditen, bedruckt und unbedruckt, für Hand- und Maschinenpackung.

Wandtapeten „Pragata“ in erstklassiger Ausführung und reicher Dessin- auswahl. Bester Schutz gegen Ungeziefer, da imprägniert, Waschbare Tapeten, Raup- wandtapeten, Luxustapeten, Volkstapeten.

Ölpapiere, Export-Pergamentol, Ölgorgantinpapiere, die ideale Exportpackung.

Verschiedene bedruckte und chemisch präparierte Spezialpapiere für Emballagen und technische Zwecke. Dessinierte Papiere in Rollen und Bogen. Kopierrollen. Packpapiere mit Fadeneinlage u. ä.

2079

VERLANGT U. TRINKT



EGERER URBRÄU

DAS QUALITÄTSBIER
DER ERSTEN
AKTIEN-BRAUEREI
IN EGER

1833

Pilsner Aktien Brauereien Gambrinus Weltbräu

empfehlen ihre vorzüglichen Lager-, Schank- und dunklen Biere.

Lieferanten der „GEC“ in Prag und deren Filialen.

Vertretungen in allen größeren Städten des In- und Auslandes.

2079

Bauet Betonstraßen!

1033

Sie sind sowohl für den städtischen als auch für den Überlandverkehr
• vorzüglich geeignet